

Landtag

Zustimmung zum Verwaltungskosten- voranschlag

cs – Neben anderen finanzpolitischen Vorlagen beriet der Landtag gestern den Verwaltungskostenvoranschlag der AHV/IV/FAK-Anstalten für das kommende Geschäftsjahr. Auch dieser Traktandenpunkt fand die einhellige Zustimmung der Mandatäre.

Der FBPL-Abgeordnete Werner Ospelt erklärte in seiner Stellungnahme, dass er dem Voranschlag zustimmen werde. Gleichzeitig sprach er den verantwortlichen Stellen seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Bezugnehmend auf eine Äusserung in der Wortmeldung seines Vorredners erläuterte VU-Fraktionssprecher Peter Wolff, dass das Thema, wieviel die Regierung der AHV für übertragene Aufgaben zu zahlen habe, in der Tat ein Diskussionspunkt sei.

Er sei aber der Ansicht, dass das Zustimmungsrecht des Landtages den Ausgabenbereich betreffe. Die

Diskussion werde jedoch meist auf der Einnahmenseite geführt. Ganz nebenbei, so Peter Wolff weiter, werde im Verwaltungskostenvoranschlag von der Schaffung dreier neuer Stellen gesprochen. Es sei jedoch kein Wort darüber zu lesen, warum diese zusätzlichen Arbeitsplätze nötig seien. So könne der Eindruck entstehen, dass die Kontrollfunktion des Landtages nicht ernst genommen werde. Wenn der Landtag seine Aufgaben wahrnehmen soll, wäre eine umfangreiche Erklärung solcher Anliegen notwendig. Ansonsten sei der Verwaltungskostenvoranschlag zu genehmigen und den verantwortlichen Stellen der AHV/IV/FAK-Anstalten der Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Regierungsrat Michael Ritter erklärte, dass der Einwand von Peter Wolff, dass die Einnahmenseite nicht zur Diskussion stehe, korrekt sei. Betreffend die Schaffung der neuen Stellen versprach der Regierungsrat, solche Anliegen in Zukunft ausführlicher darzulegen.

Dem Verwaltungskostenvoranschlag wurde einhellig zugestimmt.



Regierungsrat Michael Ritter nahm als zuständiger Ressortinhaber Stellung zu den aufgeworfenen Fragen betreffend den Verwaltungskostenvoranschlag der AHV/IV/FAK-Anstalten.

